

**Interview mit Stefan Simon vom
Erftverband - Seite 2 und 3**



**Düsseldorf plant Kapazitäts-
Erweiterungen - Seite 4**



***Die Aktive* - mit Ihrer Stimme zur
zweitstärksten Fraktion!**

**Gehen Sie zur Kommunalwahl
am 25. Mai 2014 !**

**Grundsteuererhöhung
in Korschenbroich?
Seite 5**



**Grundwasserproblem
- weiterhin ungelöst
Seite 6**



**Keine neuen Windräder !
Seite 4**

Interview mit Stefan Simon, Abteilungsleiter Grundwasser, Erftverband

Der Erftverband koordiniert seit 2011 das sogenannte Korschenbroicher Grundwasser- Modell mit insgesamt acht Grundwasser-Haltungsmaßnahmen in Herrenshoff, Raderbroich, Pesch und Kleinenbroich. Diese Maßnahmen sind derzeit auf zehn Jahre befristet, eine Genehmigung zum Fördern von Grundwasser in Höhe von 5,9 Mio m³/Jahr liegt vor.

Herr Simon, laut Prof. Dr. Düllmann sind 4659 Immobilien vom Grundwasser-Wiederanstieg betroffen, dagegen sollen bei den derzeitigen Maßnahmen nur ca. 900 Immobilien profitieren. Können Sie erklären, wie die Zahl von 900 ermittelt wurde und wie die Perspektive für die verbleibenden 3759 Immobilien ist?

Simon: Nach dem Gebäudekataster der Stadt Korschenbroich aus dem Jahr 2008 weisen insgesamt 6.466 Häuser auswertbare Gebäudedaten auf. Von den nicht mit einer weißen Wanne bzw. einer DIN-gerechten Abdichtung gegen drückendes Grundwasser versehenen Objekten werden 3.191 Gebäude bei hohen Grundwasserständen als betroffen eingestuft.

Die Zahl der von den Grundwasserkappungsmaßnahmen profitierenden ca. 900 Häuser (45 %) wurde im Rahmen der Modellstudie des Erftverbandes (Modellvariante 2a, Stand: 2008) ermittelt. Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den bei der Vergleichsvariante (hohe Grundwasserstände ohne Kappungsmaßnahmen) und den bei der Kappungsvariante ermittelten betroffenen Gebäuden. Hierbei wurden jeweils die berechneten Grundwasserstände unter Berücksichtigung eines Sicherheitszuschlages mit den Kellerfußbodenhöhen der auswertbaren Objekte verschnitten.

Die letzten Jahre stieg der Grundwasserspiegel aufgrund der regenarmen Winter-/Frühjahrsmonate nicht gravierend an. Besteht die Möglichkeit bei stark steigendem Grundwasserspiegel die derzeit festgelegten Einschaltpegel der jetzigen Pumpen zu verändern?

Simon: Durch die unterdurchschnittliche Grundwasserneubildung der vergangenen Winterhalbjahre sind die Einschaltwerte für die Kappungsanlagen in Korschenbroich im letzten Winter nicht erreicht worden. In den Wintern 2011/12 und 2012/13 wurden lediglich die Anlagen am Baggersee Herrenshoff sowie der Brunnen 41 zur Kappung von Grundwasserspitzen zeitweise betrieben. Die auf die Steuermessstellen bezogenen Einschalthöhen wurden im Rahmen der Modellstudie aus dem Jahr 2008 so ermittelt, dass es durch den Betrieb der Anlagen zu keinen negativen wasserwirtschaftlichen Auswirkungen auf Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung sowie auf Feuchtgebiete und Fließgewässer kommt. Aufgrund des niedrigen Grundwasserstandsniveaus konnten die Kappungsanlagen bislang noch nicht unter Volllast betrieben werden. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es daher kaum Erfahrungen über die hydraulische Wirkung der Kappungsanlagen im Vergleich zu den Grundwassermodellrechnungen bei sehr hohen Grundwasserständen und somit keine Veranlassung, eine Veränderung der in der wasserrechtlichen Erlaubnis des Rhein-Kreises Neuss festgelegten Grenzwasserstände in Erwägung zu ziehen.

Das Grundwasser-Dargebot wird immer wieder als Hinderungsgrund für weitere Grundwasser-Haltungsmaßnahmen angeführt. Dem gegenüber steht, dass die Wasserwerke lediglich ca. 65 % ihrer Wasserrechte ausschöpfen. Alleine das Wasserwerk Lodshof/Waldhütte fördert 2 Mio m³/Jahr ihres genehmigten Wassers nicht. Wurde dies bei der Berechnung der 5,9 Mio m³/Jahr berücksichtigt und gibt es darüber hinaus die Möglichkeit das genehmigte Volumen zu erhöhen?

Simon: Bei den Grundwassermodellrechnungen wurde immer die tatsächliche Fördersituation mit der Wiederaufnahme der Förderung in der Wassergewinnung Lodshof (2 Mio. m³/Jahr) berücksichtigt. Da die Modellrechnungen auch zum Ziel hatten, die Wirkung einer optimierten Ausnutzung von Wasserrechten mit zu betrachten, wurden für die Wassergewinnungen Büttgen/Driesch, Broichhof und Hoppbruch die bewilligten Wasserrechtshöhen angesetzt.

Im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis des Rhein-Kreises Neuss für den Betrieb der Kappungsanlagen in Korschenbroich wurden anlagenbezogene Höchstmengen definiert, darüber hinaus aber auch ein Gesamtfördermenge für alle Anlagen in Höhe von 5,9 Mio. m³ pro Wasserwirtschaftsjahr festgelegt. Diese Menge kann nach jetzigem Kenntnisstand nicht erhöht werden, da ansonsten negative wasserwirtschaftliche Folgen nicht auszuschließen wären.

Die Verkürzung des Braunkohle-Tagebaus auf 2030 wurde durch die rot/grüne Landesregierung NRW beschlossen. Damit wird der Grundwasser-Wiederanstieg deutlich früher das Korschenbroicher Stadtgebiet erreichen. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Simon: Die Landesregierung NRW hat angekündigt, im Rahmen der Fortführung des Tagebaus Garzweiler II auf den 4. Umsiedlungsabschnitt verzichten zu wollen und somit den Tagebau zu verkleinern. Frühestens mit der für nächstes Jahr angekündigten Leitentscheidung und dem notwendigen Untersuchungsprogramm wird es genaue-

re Eckpunkte für die räumliche und zeitliche Fortführung des Tagebaus Garzweiler geben. Diese finden dann Eingang in Grundwassermodellrechnungen, die auch Aussagen über den Grundwasserwiederanstieg im Raum Korschenbroich ermöglichen werden.

Die Aktive fordert seit Jahren weitere Brunnen zu installieren, so z. B. im Süden von Kleinenbroich, aber auch in Pesch und Steinhausen. Darüber hinaus wird in einigen Jahren auch der Stadtteil Glehn betroffen sein. Wie geht es dann weiter?

Simon: Die bislang realisierten Maßnahmen zur Kappung von Grundwasserspitzen zielen auf eine wasserwirtschaftlich verträgliche Reduzierung vernässungsbedingter Gebäudeschäden in den heute von hohen Grundwasserständen betroffenen Ortsteilen Herrenshoff, Raderbroich, Kleinenbroich und Pesch ab. In den Ortsteilen Steinhausen und Glehn werden die Grundwasserstände durch den Bergbaueinfluss noch über mehrere Jahrzehnte um einige Meter abgesenkt sein, so dass die höchsten zu erwartenden Grundwasserstände hier noch nicht auftreten können. Im Rahmen der bereits genannten Modellstudie haben wir allerdings auch schon weitergehende Maßnahmen zur Kappung von Grundwasserspitzen für den langfristigen Zustand ohne Bergbaueinfluss mit modifizierten Kappungszielen sowie sechs zusätzlichen Brunnen in den Bereichen An der Blankstraße, Glehn und Steinhausen untersucht. Diese können noch zu einer Reduzierung der Betroffenheit um ca. 1/3 führen (Variante 3, ohne Bergbaueinfluss).

Das geförderte Wasser wird derzeit hauptsächlich in den Herzbroicher Graben, Jüchener Bach und den Trietbach eingeleitet. Insbesondere das Abflussverhalten des Trietbaches sieht **Die Aktive** kritisch. Wie sieht der Erftverband dies?

Simon: Im Rahmen der Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnis für den Betrieb der Grundwasserkappungsmaßnahmen wurde auch geprüft, inwieweit der Trietbach die beantragten Förder- und Ableitmengen schadlos abgeführt werden kann. Hydraulische Berechnungen des Niersverbandes als gewässerunterhaltungspflichtigem Verband haben dies bestätigt. Inwieweit kritische Abflusssituationen im Trietbach auftreten, muss in den nächsten Jahren beobachtet werden.

Der Rückstau des Jüchener Baches an der Mündung in den Nordkanal führt ebenfalls immer wieder zu Diskussionen über dessen Entschlammung. Der Nordkanal unterliegt aber der Zuständigkeit des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal und hier keine ist Bewegung zu verzeichnen, obwohl bereits vor Jahrzehnten die Bezirksregierung die Entschlammung für sinnvoll erachtet hat. Wie schätzen Sie die Situation am Nordkanal ein?

Simon: Der Nordkanal ist der Vorfluter für den Jüchener Bach und das Gruppenklärwerk Nordkanal des Erftverbandes. Aus unserer Sicht wird die Vorflut durch die bisherigen Gewässerunterhaltungsmaßnahmen des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal in ausreichendem Maße sichergestellt. Eine Notwendigkeit zum Entschlammten des Nordkanals zur Erhaltung der Vorflut sehen wir derzeit nicht.

Die Aktive sieht keinen Sinn und Nutzen in der Fortführung des Wasser- und Bodenverband Nordkanal und fordert daher eine Übernahme durch den Erftverband. Was muss dafür angestoßen werden?

Simon: Die organisatorische Zuordnung wasserwirtschaftlicher Aufgaben obliegt dem Gesetzgeber bzw. den Wasserbehörden.

Wie steht es um die Kooperation im Hinblick auf die Pflege und Ableitungen des Trietbaches und die Pflege durch den Niersverband?

Simon: Erftverband und Niersverband stehen in einem engen fachlichen Austausch. Beide Institutionen wirken zudem im Monitoring Garzweiler II mit. Die Auswirkungen des Braunkohlenbergbaus sowie der Gegenmaßnahmen, z. B. auf den Trietbach sind hier Gegenstand fachlicher Erörterungen und Bewertungen. Die Unterhaltung des Trietbaches liegt jedoch in der Verantwortung des Niersverbandes.

Darüber hinaus stellt sich natürlich die Frage, wie geht es generell nach 10 Jahren weiter? Wie schätzen Sie die Weiterführung der Genehmigung für die derzeitigen Maßnahmen ein? Wie würde sich die Kostensituation für die Bürgerschaft verändern?

Simon: Wir halten die in Korschenbroich realisierten Maßnahmen für ein wirkungsvolles und wasserwirtschaftlich verträgliches Konzept zur Reduzierung vernässungsbedingter Schäden an Gebäuden. Nach den bisherigen Rückmeldungen wird dies auch von der Korschenbroicher Bevölkerung so gesehen. Wir sind daher optimistisch, die Kappungsanlagen mit dem Auslaufen der ersten 10-Jahresperiode auch weitere 10 Jahre betreiben zu können. Sollten bis dahin keine größeren Investitions- und Sanierungsarbeiten an den Anlagen notwendig werden, ist bei einer Weiterführung auch von einer eher geringeren finanziellen Belastung für die Bürger auszugehen.

Herr Simon, die Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive dankt für die ausführliche Stellungnahme.

Verantwortlich für Die Aktive: Gabi Parting, Rolf Schmier, Peter Drüll

Flughafen Düsseldorf plant Erweiterungen seiner Kapazitäten

Der Flughafen Düsseldorf strebt die Ausweitung seiner Kapazitäten an. Die Stundeneckwerte, d.h. die Zahl der genehmigten Flugbewegungen pro Stunde, sollen von 45 auf 60 in den Spitzenzeiten angehoben werden. Der Antrag auf Planfeststellung mit einer Änderung der Betriebsgenehmigung wurde bereits im Juni 2013 gestellt.

Das bedeutet, dass es mittelfristig bei einer realistischen Auslastung von 80 % bis zu 252.000 Flugbewegungen – maximal sogar bis 318.645 Bewegungen - pro Jahr geben könnte. Aktuell sind es tatsächlich 219.418.

Die Aktive sieht diese Entwicklung kritisch, da Fluglärm auch Korschenbroich, vor allem Kleinenbroich betrifft. Deshalb hat **Die Aktive** bereits Anfang Dezember 2013 gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen den Flughafen Düsseldorf aufgefordert eine Infoveranstaltung in Kleinenbroich durchzuführen. Dies wurde mit dem Hinweis auf Veranstaltungen im Umkreis abgelehnt.

Diese Ablehnung haben wir nicht auf uns sitzen lassen und im Februar 2014 erneut den Flughafen angeschrieben. Bei diesem erneuten Vorstoß hatten wir

Keine neuen Windräder in Liedberg!

Wie Sie sicher wissen, ist geplant, in unmittelbarer Nähe des Schloss Dyck eine neue Windkraftanlage zu errichten. Zu diesem Zweck soll im Landesentwicklungs- und Regionalplan dort ein entsprechendes Vorranggebiet ausgewiesen werden.

Wir, die Aktive Bürger Gemeinschaft und die Bürgerinnen und Bürger von Korschenbroich lehnen dies ab. Sinnvoll können Windkraftanlagen nach unserer Meinung nur dort sein, wo es auch ausreichend Wind gibt. Nur dort können sie auch einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende leisten. Der Rhein-Kreis-Neuss zählt aber nach den Statistiken des Deutschen Wetter Dienstes zu den Gebieten mit den niedrigsten durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten in Nordrhein-Westfalen. Dies gilt umso mehr, als es sich bei dem geplanten Gebiet um eine Senke handelt. In einem windarmen Gebiet, wie dem Rhein-Kreis Neuss, sind Windkraftanlagen nur mit Hilfe von Subventionen wirtschaftlich darstellbar. Diese Subventionen müssen letztlich von allen Bürgerinnen und Bürgern über den Strompreis finanziert werden. Zudem werden durch die geplanten Windkraftanlagen einmalige Kulturdenkmäler, wie Schloss Dyck und Liedberg, massiv beeinträchtigt.

Zusätzlich müssen die Bewohner der benachbarten Ortsteile in Korschenbroich mit Geräuschbelästigungen und Schattenwurf rechnen.

Mehrjähriges Verfahren – Kapazitätserweiterung nicht vor 2016



Quelle: Flughafen Düsseldorf

Düsseldorf Airport DUS Verfahren zur Kapazitätserweiterung

Düsseldorf, 22.11.2013 14

sogar die Unterstützung des gesamten Stadtrates, der eine Information der Bürgerinnen und Bürger für geboten hält. Auch dieser Aufforderung ist der Flughafen nicht nachgekommen. **Die Aktive** wird weiter am Thema dran bleiben. Informationen über die geplante Kapazitätserweiterung finden sie auf unserer Internetseite sowie auf der Internetseite des Flughafens

(<http://konzern.dus.com/nachbarflughafen/pf-verfahren/>).

Jutta Goebel



Wenn auch Sie gegen die neuen Windkraftanlagen sind, laden Sie bitte den Brief an die Landesregierung von unserer Internetseite: www.die-aktive.de und schicken ihn ab!

Je mehr der Protest auch den Landtag erreicht, desto mehr werden sich unsere Landtagsabgeordneten auch bemüht fühlen, sich für die Bürgerinnen und Bürger von Korschenbroich einzusetzen.

Hanns-Lothar Endell

Haushalt: Grundsteuererhöhung in Korschenbroich

Dank finanzieller Unterstützung durch das Land besteht die Möglichkeit, dass die Stadt bis zum Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Dies wird aber nur dann eintreten, wenn alle optimistischen Einschätzungen zu der Einnahme- und Ausgabenentwicklung der Stadt in den nächsten Jahren auch wirklich eintreffen. Hier bestehen noch große Unsicherheiten, was aber andere Parteien nicht hindert, großspurig von zusätzlichen Kindertagesstätten bis zu Straßenbaumaßnahmen zahlreiche Maßnahmen und Planungen für die nächsten Jahre anzukündigen. Wie sie dies bezahlen wollen, sagen sie aber nicht.

Bedingung für die finanzielle Unterstützung durch das Land ist, dass die Stadt gegensteuern muss, wenn sie auch nur eines dieser Ziele verfehlt. Die Stadt muss also entweder die Ausgaben senken oder die Einnahmen erhöhen.

Korschenbroich City – Mehr oder weniger Parkplätze? Fußgängerzone ja oder nein?

Aktuell kann man in Wahlprogrammen und anderen Aussagen, z. B. der SPD und der Grünen den Wunsch nach einer Fußgängerzone in Korschenbroich (u.a. Sebastianus Straße) lesen. Schon im Jahr 2011 wurde mit viel Geld ein Gutachter beauftragt, der am Ende – wenig überraschend – feststellte, dass eine solche Fußgängerzone in der City nicht sinnvoll wäre, da der Straßenverkehr in die umliegenden Straßen (Willi-Hannen-Straße, Don-Bosco-Straße, An der alten Post, Pescher Straße) verdrängt und dort zu wesentlichen neuen Belastungen führen würde. Allein in der Willi-Hannen-Straße wäre mit rund 1.700 Autos mehr pro Tag zu rechnen.

Die Aktive lehnt diese Fußgängerzone und weitere teure Gutachten ab, zumal auch der Einzelhandel unter einer solchen Regelung weiter leiden würde.

Die andere Frage ist die nach mehr Parkplätzen. Dass in der Korschenbroicher Innenstadt ein Parkplatzmangel herrscht, ist für alle erkennbar. Dies wäre zu einem Teil dadurch zu lösen, dass die „Dauerparker“ (Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der Unternehmen) in den Parktiefgaragen parken würden. Trotzdem bleibt ein Mangel. Als einzige Fraktion hat **Die Aktive** daher schon vor der Wahl für einen Parkplatz an der Don-Bosco-Straße gestimmt. Die übrigen Parteien stimmten entweder dagegen oder wollten erst später endgültig entscheiden. Sie werden aber sicherlich nach der Wahl folgen. Wie anders ließe sich z.B. der Vorschlag der SPD verwirklichen, die gleichzeitig eine Fußgängerzone und zentrale Parkplätze fordert.

Rolf Schmier

Wie SPD und CDU hier vorgehen werden, ist völlig offen. Einsparvorschläge haben sie in den letzten Jahren (fast) keine gemacht. Dies fällt ihnen natürlich auch schwer, denn dann müsste man konkrete Maßnahmen festlegen, die einzelne Gruppen oder Stadtteile treffen würden. Andere Städte machen es vor, wie viele Parteien in dieser Situation vorgehen: Sie erhöhen einfach die Grundsteuer. Teilweise gibt es in NRW Hebesätze von 800 %, dies ist fast das Doppelte des Satzes von Korschenbroich. **Die Aktive** kündigt für die nächsten Jahre keine vollmundigen Ausgabeprogramme an. Unser erstes Ziel ist, im Jahr 2018 auch wirklich den Haushaltsausgleich zu erreichen. Gerät dieses Ziel in Gefahr, müssen wir die Ausgaben senken. Eine Erhöhung der Grundsteuer lehnt **Die Aktive** ab. Hanns-Lothar Endell

Mehr Bürgerbeteiligung – Theorie und Praxis

Vor jeder Wahl kann man quer durch alle Parteien die Sprüche wieder überall lesen: „Ihre Stimme entscheidet“ oder etwa „Auf den Bürger hören“.

Die Parteien – nicht nur **Die Aktive** – wollen so ihre Bürgerverbundenheit ausdrücken. Gleichzeitig versprechen sie, dass sie bei künftigen Entscheidungen auf die Bürger – also auf Sie – hören wollen.

Aber – machen wir doch mal den Praxistest: Was steckt hinter diesen Sprüchen an Substanz?

Bürgerinnen und Bürger können sich nur an der Politik beteiligen, wenn sie Gelegenheit haben, ihre Wünsche, Nöte und Anregungen zu äußern. Hierfür gibt es im Rat und den Ausschüssen die Fragestunde für Bürger. Früher konnten die Bürger auch nach der Sitzung ihre Fragen an die Verwaltung richten. Dies haben CDU und Grüne jedoch abgeschafft. Unser Antrag, dies wieder einzuführen, wurde von CDU, SPD und Grünen abgelehnt.

Bürgerbeteiligung setzt ferner voraus, dass möglichst alle wichtigen Sachverhalte öffentlich werden. Für den Rechnungsprüfungsausschuss haben wir erreicht, dass zumindest ein Teil der Sitzung öffentlich wird. Für den Liegenschaftsausschuss, hier werden die Grundstücksverkäufe der Stadt beraten, haben CDU, SPD und FDP dies verhindert.

Daneben hat **Die Aktive** übrigens beantragt, dass künftig die Ratssitzungen im Internet übertragen werden („Streaming“). Immerhin konnten wir erreichen, dass hierfür die baulichen Voraussetzungen beim Neubau des Ratssaales berücksichtigt wurden. Mal sehen, ob es in der nächsten Wahlperiode wirklich Übertragungen gibt.

Die Aktive meint: Messen Sie die Parteien an ihren Taten und nicht an ihren schönen Wahlkampfsprüchen. Hanns-Lothar Endell

Grundwasser auch weiterhin eines der großen ungelösten Probleme in Korschenbroich

Wie bereits in unserer Ausgabe vom Februar 2014 erwähnt, versteigen sich CDU und die SPD in der Aussage das Grundwasserproblem in Korschenbroich sei nun gelöst.

Diese Parteien haben offensichtlich auch nach über 10 Jahren das Problem immer noch nicht verstanden. Oder wie kann es sonst sein, dass bei 4659 gutachterlich festgestellten betroffenen Häusern und 900 teilweise geschützten Häusern durch die jetzigen Pumpmaßnahmen, von einer Lösung gesprochen wird. Rechnerisch bleiben 3759 Gebäude weiterhin ungeschützt!

Statt ihren Einfluss in Kreis und Land geltend zu machen, lehnt man sich zurück und klopft sich gegenseitig auf die Schulter.

Seinerzeit wurde vom ehemaligen Landrat Dieter Patt die Patchwork-Lösung propagiert. Diese beinhaltete u.a. die Einpflege der Gräben und Bäche. Dieser Vorschlag endete mit dem Rückzug von Dieter Patt aus der Politik. Die Instandsetzung der Gräben und Bäche wird seit Jahren diskutiert, aber geschehen ist fast nichts.

Der Einmündungsbereich des Jüchener Baches in den Nordkanal ist in einem erbärmlichen Zustand. Die erforderliche Entschlammung des Nordkanals wird seit Jahren ignoriert und verschoben.

Der Trietbach ist seit über 40 Jahren nicht mehr eingepflegt worden. Das Bachbett ist an vielen Stellen durch Baumfällarbeiten und Wurzeln zerstört und als solches nicht mehr erkennbar. Dies führt dazu, dass Oberflächenwasser, ca. 1,3 Mio m³ Sumpfungswasser aus dem Braunkohletagebau und gefördertes Wasser aus den Grundwassermaßnahmen in Raderbroich und Pesch, die in den Trietbach eingeleitet werden, nicht abfließen können und wieder versickern. Auch die letzte Bachbegehung 2011 hat außer Lippenbekenntnissen nichts gebracht.



An diesem kurzen Abriss der Probleme lässt sich leicht erkennen, dass das Grundwasserproblem noch lange nicht gelöst ist. Die zur Zeit entspannte Situation haben wir lediglich der trockenen Witterung der letzten Jahre zu verdanken.

Der jetzt durch die rot/grüne Landesregierung beschlossenen frühere Ausstieg aus dem Braunkohletagebau hat zur Folge, dass uns das Grundwasserproblem viel eher und heftiger einholt als bisher erwartet.

Die Aktive hat die Einberufung der Kreis-Grundwasser-Kommission noch vor der Kommunalwahl gefordert. Landrat Petrauschke hat bisher nicht reagiert. Es bleibt noch viel zu tun. **Die Aktive** bleibt weiter am Ball!

Rolf Schmier



Bürgersprechstunden

Jeden Montag von
18.00 Uhr - 19.00 Uhr
(außer in den Schulferien)
oder nach persönlicher
Vereinbarung.

**Haben Sie Fragen?
Sprechen Sie uns an.
Wir sind für Sie da!**

Redaktion: H.L. Endell,
G. Parting, R. Schmier
(iSdLPG)

Aktive Bürger Gemeinschaft - Die Aktive

Am Brauhaus 18
(im Hannen-Center)
Korschenbroich

Telefon: 02161-2720965
Email: info@die-aktive.de